

# Partizipation – wir gestalten die soziale Stadt

## Sozialpolitischer Diskurs in der Landeshauptstadt München

### Workshop: Gestalten statt kürzen am 29. September 2005

#### Inhaltsverzeichnis

<b>Begrüßung:</b> Ernst Wolfswinkler	1
<b>AG 1 Haushaltsplanung 2007 und folgende – transparent und partizipativ?</b> Wie kann die Transparenz im administrativen Verfahren und die Beteiligung am politischen Prozess der Haushaltsplanung für die Jahre 2007 und folgende optimiert werden? Protokoll	3
Verfahren zur Haushaltsplanung	5
<b>AG 2 sozial gestalten – Ressourcen optimieren!</b> Wir brauchen gute Vorschläge, um kommunale Ausgaben zu reduzieren und gleichzeitig den wachsenden sozialen Bedarfen gerecht werden zu können. Es sind alle aufgerufen, dafür Ideen zu entwickeln. Protokoll	9
Aktionsprotokolle	13
<b>AG 3 Lernen von den Besten durch Benchmarking in der sozialen Arbeit</b> Mit konkreten Praxisbeispielen Statement und Protokoll	16
<b>AG 4 Rettet die Prävention!?</b> Statement	18
Protokoll	21
<b>AG 5 BürgerInnenhaushalt – eine Chance für München?</b> Statement	22
Protokoll	23
<b>Dank</b>	25
<b>Programm</b>	26

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass über 200 Interessierte aus den sozialen Einrichtungen den Trägern, der Verwaltung und aus dem Stadtrat zum heutigen Workshop gekommen sind.

Besonders begrüße ich die Stadträtinnen und Stadträte  
Frau Meier, Frau Caim,  
Herrn Kaplan, Herrn Benker, Herrn Strasser  
und den Sozialreferenten Herrn Graffe.

Wir freuen uns als Organisatoren, dass wir mit unserer Vorarbeit zu diesem heutigen Diskurs beitragen können. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt, dass das angebotene Thema wichtig ist. Wir alle hier können davon ausgehen, dass alle Anwesenden an den Themen interessiert und engagiert sind, dass sie vor allem auch besorgt sind und durch den Diskurs zu einer Entwicklung beitragen wollen.

## **Was ist der sozialpolitische Diskurs?**

Der Begriff „Sozialpolitischer Diskurs“ markiert zwei Dinge. Zum einen eine Absicht und zum anderen die dazu gewählte Veranstaltungsform.

Bei den Workshops treffen sich interessierte und engagierte Menschen, um sich diskursiv mit sozialpolitischen Themen auseinander zu setzen. Durch gemeinsamen Austausch und gemeinsame Arbeit an diesen Themen tragen wir zur Weiterentwicklung einer sozialen Stadtgesellschaft bei.

Mit den Methoden, also den Veranstaltungsformen die wir nutzen, wollen wir ermöglichen, dass alle jeweils vorhandenen Erfahrungen und Kompetenzen einfließen können.

Den Sozialpolitischen Diskurs „*work in progress*“ zu begreifen. Sie alle sind herzlich eingeladen mit Ihrer Kritik und Ihren Anregungen an der Entwicklung des Prozesses teilzuhaben.

## **Was wollen wir mit der heutigen Veranstaltung erreichen?**

Aktuell stehen wir vor einer weiteren Konsolidierungsrunde.

Nach den bisherigen Konsolidierungsrunden dürfte in vielen Haushaltansätzen im sozialen Bereich erheblich Luft abgelassen sein.

An dem Vorgehen und den Ergebnissen der letzten Kürzungsrunde wurde von vielen Seiten Kritik geäußert.

Drei wesentliche Kernpunkte der Kritik will ich aufgreifen und hier zusammengefasst wieder geben.

1. Die Abstimmung zwischen Verwaltung und Politik wurde als unzureichend empfunden. Die Verwaltung hat Kürzungsvorschläge erarbeitet - in mehrfachen Versionen - , die zum Schluss von der Politik nicht übernommen oder verändert wurden.

2. Es wurde nicht hinreichend klar und transparent, wie Kürzungsentscheidungen letztendlich zustande kamen. Wer hat die Arbeit in Projekten und Einrichtungen nach welchen Kriterien bewertet?
3. Vielerorts wurde in Gesprächen zwischen Politik und Einrichtungen und Trägern nur mehr übers Geld geredet. Der notwendige Disput über Inhalte war oft nicht möglich.

Soweit zur Vergangenheit.

Heute und in künftigen Veranstaltungen wollen wir dem Engagement, das hinter der Kritik steht, eine Plattform bieten.

### **Was ist unsere Zielsetzung?**

Wir wollen im Sozialbereich die Kürzungen und vor allem die negativen Folgen für die soziale Stadt so gering wie möglich halten.

Wir wollen die Politik und die Verwaltung bei der Entscheidungsfindung unterstützen und begleiten.

Wir wollen mit Informationen versorgen, Konsequenzen möglicher Entscheidungen aufzeigen und nach Alternativen suchen.

Wir wünschen Transparenz in der Entscheidungsfindung und Auseinandersetzung über Inhalte. Die Erfahrung zeigt, dass das bisherige Instrumentarium der Entscheidungsfindung nicht ausreicht. Wir meinen, dass es Alternativen braucht und diese entwickelt werden müssen.

Insgesamt wollen wir den sozialen Bereich und die Sozialpolitik stärken in der Konkurrenz um die vorhandenen Gelder.

Das alles zusammen genommen ist ein hoher Anspruch. Wir werden dazu ein wertschätzendes Miteinander, Kreativität und Ideen und Mut brauchen.

Heute haben wir dafür drei Stunden Zeit zur Verfügung. Lassen Sie uns gemeinsam einen Anfang machen.

Ich wünsche uns allen gutes Gelingen und Freude an der Arbeit.

# AG 1      **Haushaltsplanung 2007 und folgende – transparent und partizipativ?**

## Protokoll

Andreas Görres  
Paritätischer Bezirksverband Oberbayern

### **Eingangs-Fragestellung:**

Wie kann die Transparenz im administrativen Verfahren und die Beteiligung am politischen Prozess der Haushaltsplanung für die Jahre 2007 und folgende optimiert werden?

Ergebnisprotokoll:

**1. Vorstellung der Terminplanung des Sozialreferats für den Beschluss zum Haushalt 2007 (Anlage) durch Andreas Görres**

**2. Impulsbeiträge zu den Vorstellungen der Mehrheitsfraktionen im Stadtrat durch Brigitte Meier und Siegfried Benker**

**3. Stichpunktartige Kurzzusammenfassung der auf Flipchart gesammelten Ergebnisse der Impulsbeiträge und der anschließenden Diskussion:**

1. Partizipation

- Die Träger und Beschäftigten im Sozialbereich sollen sich in die Debatte einmischen
- Eine Verständigung über die Methode des "Kürzens" ist erforderlich:  
"Rasenmäher ↔ Aufgabenkritik"
- Wie lange können wir reden?
- Besteht Bereitschaft zur gemeinsamen Strukturkritik?
- Der Stadtrat setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein
- Es gibt einen gemeinsamen Antrag der SPD und der Grünen zu Prozessen & Strukturen & Abläufen in der Verwaltung (Herr StR Kaplan)
- beim nächsten Mal (Konsolidierungsphase) besser werden!
- Regsam als Beispiel für Partizipationsmöglichkeiten!?
- Ein Anreizsystem für Einsparungen schaffen!
- Eigenbeteiligung von Leistungsempfängern prüfen
- Das Sozialreferat hat schon Strukturen verändert
- Doppelzuständigkeiten anschauen und ggf. abbauen
- Zeitbedarf planen
- Es gibt nur einen "Mangel" zu verteilen
- In den Produktteams im Sozialreferat mit den Trägern ins Gespräch kommen

## 2. Transparenz

- Politische Ziel- und Prioritätensetzungen des Stadtrates verdeutlichen
  - Armut / Hartz IV**
  - Demographischer Wandel (Alterung und Altenhilfe)**
  - Familien stärken**
- Entscheidungen nachvollziehbar machen
- Kürzungen müssen überwiegend intern und im "freiwilligen" Bereich stattfinden
- "Gestalten trotz kürzen!"
- Einnahmeseite der Stadt sehen und darstellen
- Grundsatzkritik muss parallel zum aktuellen Einsparprozess erfolgen
- Beim Sparen über den Sozialbereich hinaus blicken
- Konflikte sind absehbar und müssen ausgetragen werden
- Partizipation ist auch Streit!
- Stadt muss einen genehmigungsfähigen Haushalt zu festgesetzten Terminen vorlegen können
- Strukturkritik bedeutet Aufgabenminderung
- Einnahmen steigern z.B. durch Erlöse von Stiftungen
- "Haushaltslisten" sind frühzeitig zu öffnen
- Auch das Gesundheitsreferat will Anfang 2006 Gespräche mit Verbänden und kleinen Trägern führen



## zu Teil 1 des Protokolls

### Teil B

## 2. Festlegung des Ressourcenrahmens

### Prozess der Haushaltsplanaufstellung (Beispiel: Sozialreferat der Landeshauptstadt München)

Dr. Werner Weins

Es ist zu unterscheiden zwischen den Investitionen (Vermögenshaushalt – Maßnahmen) und dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt (Nichtmaßnahmen).

#### 1. Investitionen (z.B. Grundstücks- und Bauinvestitionen)

Investitionen werden in einem jährlich fortgeschriebenen fünfjährigen Mehrjahresinvestitionsprogramm geplant (Teil des Finanzplanes nach KommHV).

*Beispiel Planung einer Kinderkrippe, die am 1.1. 2007 eröffnet werden soll*  
(Fläche ist bereits im städtischen Besitz, alle Beteiligten incl. Stadtrat wollen sie, Bauträger Stadt)  
Grundlage: Hochbaurichtlinien der LH München (mit abgestuften Genehmigungsschritten)

Zeitpunkt	Tätigkeit	Wer?
bis 2003	Bedarf für eine Kinderkrippe in diesem Gebiet ist festgestellt	Sozialplanung
bis 2003 (oder früher)	Standortfestlegung z.B. durch Bebauungsplan	Sozialplanung mit Planungsbehörde per Stadtratsbeschluss
bis 2003	Prioritätensetzung durch sozialplanerische Bedarfsuntersuchungen (in bezug auf weitere Kinderkrippenstandorte) und Aufnahme in die Zielplanung	Sozialplanung per Stadtratsbeschluss
bis 2003	Erarbeitung eines sog. Nutzerbedarfsprogramms (Was soll gebaut werden?)	Fachdienststelle Kinderkrippen
2003	Kostenschätzung auf Grund des Nutzerbedarfsprogramms	Baureferat
<b>2003</b>	<b>Antrag auf Aufnahme in das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2004-2008</b>	<b>Sozialreferat an Stadtkämmerei</b>
2003	Aufnahme in das Mehrjahresinvestitionsprogramm Liste 2 (geplante Projekte, noch nicht ganz durchgeplant, voraussichtlich) als Einzelmaßnahme	Stadtkämmerei mit Stadtratsbeschluss
2003-2004	Entwurfsplanung mit Projektauftrag (Stadtratsbeschluss) und verwaltungsinterner Projektgenehmigung sowie Aufnahme in die Liste 1 des Mehrjahresinvestitionsprogramms (zur Ausführung kommende Planung, finanziell gesichert)	Baureferat, Stadtkämmerei und Sozialreferat (Fachdienststelle) mit Stadtratsbeschluss
2004	Anmeldung zum Vermögenshaushalt (Investitionsmittel)	Sozialreferat
2004	Anmeldung zum Verwaltungshaushalt (Betriebsmittel)	Sozialreferat

2004	Ausführungsgenehmigung	Stadtrat
2005	Baubeginn	
2007	Eröffnung	

## 2. Aufstellung des Verwaltungshaushaltes 2007 (derzeit gültiges Verfahren)

Anmerkung:

Ab dem HH 2008 wird der sog. produktorientierte Haushalt eingeführt, der Budgets für Produkte und Produktleistungen vorsieht. Zur Zeit ist auch das Verfahren zum Eckdatenbeschluss in der Diskussion. Das produktorientierte Berichtswesen ist ebenfalls erst im Aufbau begriffen.

Zeitpunkt bis	Tätigkeit	Verantwortlich
<b>30.09.2005</b>	Erarbeitung von Handlungsprioritäten und ersten Zielvorstellungen für 2005 auf der Basis von Controllingdaten 2003, der langfristigen Zielaussagen, der sozialplanerischen Bedarfsaussagen, neuer Ergebnisse der Sozialberichterstattung und sonstiger Änderungen der Rahmenbedingungen (z.B. neue Gesetze)	Produktverantwortliche und Fachdienststelle mit Partnern (z.B. freien Trägern)
<b>30.11.2005</b>	Einbringen dieser Planungen in den referatweiten Abgleich zur Entwicklung einer referatsbezogenen Strategie (Strategieklausur)	Referatsleitung mit zentraler Sozialplanung und Fachdienststellen
<b>31.01.2006</b>	Erarbeitung von konkreten Zielvorstellungen und Ressourcenrahmen (Produktbudget ausweiten, halten, zurückfahren, aufgeben) als Entscheidungsgrundlage für die Referatsklausur 2	Produktverantwortliche und Fachdienststelle
<b>28.02.2006</b>	Gemeinsame Entscheidung über die Budgetanmeldungen im Zusammenhang mit den Zielsetzungen 2005 (Ziele definieren und Ressourcenrahmen bestimmen)	Führungskreis des Referates mit zentraler Finanz- und Zielplanung
<b>05.03.06</b>	Abgabe der Budgetvorstellungen des Referates an die Stadtkämmerei	Zentrale Referat
Jetzt ist die wesentliche Vorentscheidung gefallen		
<b>30.04.06</b>	Erarbeitung des Vorschlages der Stadtkämmerei für den Eckdatenbeschluss zum HH 2005 mit Dissensliste	Stadtkämmerei mit Personalreferat
<b>13.05.06</b>	„Chefgespräch“ zum Haushalt 2005	Stadtkämmerei, Personalreferat, Sozialreferat
<b>15.06.06</b>	Erarbeitung des sog. Zielbeschlusses mit Darstellung der wesentlichen Ressourcenveränderungen und der Ergebnisse des Chefgespräches für die Fachausschüsse des Stadtrates	Sozialreferat
<b>09.07.06</b>	Erarbeitung des Eckdatenbeschlusses aufgrund der Ergebnisse des Chefgespräches	Stadtkämmerei
<b>10.07.06</b>	Vorlage Zielbeschluss 2007 1. Lesung	Sozialreferat



<b>28.07.06</b>	Eckdatenbeschluss des Haushaltes 2005 in der Vollversammlung des Stadtrates	Stadtkämmerei
<b>24.09.06</b>	Erarbeitung des Haushaltes 2005	Stadtkämmerei mit Sozialreferat
<b>12.10.06</b>	Vorberatung in den sozialen Fachausschüssen mit Vorlage „Produkt- und zielorientierte Ansätze für den Bereich der Förderung freier Träger“ (Projektliste)	Sozialreferat
<b>03.12.06</b>	Schlussabgleich HH 2005 mit Einarbeitung der bis dahin noch beschlossenen oder notwendigen Änderungen	Stadtkämmerei
<b>15.12.2006</b>	Verabschiedung HH 2005	Stadtkämmerei
<b>01.03.2007</b>	Vorlage der sog. Zuschussnehmerdatei für das Jahr 2007 Verteilung und Genehmigung der Zuschüsse (Budgetverteilung) in den Fachausschüssen	Sozialreferat

Erstellt von Dr. Werner Weins, Leiter der Zentrale des Sozialreferats der LHM.

## AG 2 Sozial gestalten – Ressourcen optimieren!

### Protokoll

Ruth Back  
Sozialdienst Katholischer Frauen

#### 1. Einleitung

##### Sozial gestalten - Ressourcen optimieren

In den nächsten Jahren ist mit zunehmenden sozialen Problemen aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit, Verarmung, Ausgrenzungs- und Individualisierungsprozessen zu rechnen. Ein steigender Bedarf an sozialer Arbeit ist zu erwarten. Angesichts dessen würde selbst ein Einfrieren des Haushaltes auf dem gegenwärtigem Niveau eine Kürzung bedeuten, da steigende Bedarfe noch nicht berücksichtigt wären. Um dennoch zu erreichen, dass die soziale Arbeit auch künftig ihren Auftrag erfüllen kann und München als soziale Stadt erhalten bleibt, stellt sich die Frage, welche Ressourcen ausgeschöpft und optimiert werden können.

Hierzu braucht es gute Ideen. Um einen kreativen Prozess anzustoßen, lehnte sich das methodische Vorgehen der Arbeitsgruppe an der Methode „open space“ an: Gefragt war nicht die Kompetenz von ExpertInnen in Form von ReferentInnen, sondern die Kompetenz der TeilnehmerInnen als ExpertInnen in eigener Sache stand im Mittelpunkt.

Zwei unterschiedliche Fragestellungen wurden vorgegeben, um die Gestaltungsmöglichkeiten zu eruieren. In der ersten Arbeitsphase ging es um die Optimierungsmöglichkeiten außerhalb der eigenen Arbeitsorganisation, um die strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen seitens der öffentlichen Träger, Geldgeber, Verwaltung, Outputsteuerung, Politik etc. („Trotz eingeschränkter Finanzmittel steigt der Bedarf. Welche strukturellen Voraussetzungen und externe Rahmenbedingungen sind notwendig, um den gestellten Anforderungen besser gerecht werden zu können?“).

Hier wurde an erster Stelle das „Dokumentationsunwesen“ bemängelt und die Notwendigkeit der Systemisierung und der Reduktion auf das Wesentliche formuliert. Ebenso gab es viele Wünsche zur Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und zur Vermeidung von Doppelarbeiten. Breiten Raum nahmen auch Finanzierungsfragen ein. Gefordert wurde zum einen die Erprobung alternativer Finanzierungsmodelle, zum anderen aber auch vermehrte Planungssicherheit für die Träger. Kreative Ideen gab es zur Frage, wie Ressourcen durch Vernetzung und Kooperation besser genutzt werden können, wie zum Beispiel einen Sachmittel-Pool mehrerer Träger u.a. für Telefon, EDV, KFZ mit dem Ziel, als Großkunde entsprechend günstigere Konditionen zu erreichen.

Die zweite Arbeitsphase bezog sich auf die Gestaltungsräume der eigenen Arbeitsorganisation der Fachbasis, der Institutionen und der Anbieter. („Trotz eingeschränkter Finanzmittel steigt der Bedarf. Welche Spielräume sehen wir und welche Ressourcen können wir ausschöpfen, damit wir unsere soziale Arbeit trotzdem zielorientiert und innovativ gestalten können?“).

Schwerpunkte der Antworten lagen darin, die Ressource Ehrenamt mehr zu nutzen und die Zusammenarbeit von professioneller Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement zu stärken, zum Beispiel

durch Tauschringe. Dies könnte auch mit neuen Finanzierungsinstrumenten wie Regionalwährungen oder Zeitbanken für Ehrenamtliche verbunden werden.

Betont wurde auch, dass hinsichtlich der Effektivierung der eigenen Arbeitsabläufe bereits schon viel geschehen ist und die Grenzen der Leistbarkeit bereits erreicht sind. Möglichkeiten dagegen wurden gesehen in der trägerübergreifenden Kooperation und Vernetzung und in der Überwindung des Konkurrenzdenkens, so dass über die Ressourcen der eigenen Einrichtung hinausgeschaut werden kann.

Die angespannte Haushaltssituation wurde auch zum Teil als Chance gesehen, verstärkt transparent und zielorientiert zu arbeiten, eine differenziertere Zielgruppenorientierung zu leisten („Wer kann sich selber helfen?“) und die fachliche Haltung „Hilfe zur Selbsthilfe“ konsequent umzusetzen.

Auch wenn es viele Ideen zur Optimierung der Ressourcen gab, so war dennoch auch einhelliger Tenor der Anwesenden, dass das Soziale in Zukunft wieder gestärkt werden muss. Der Wunsch nach solidarischem Handeln, öffentlicher Solidarisierung, einer (Re)Politisierung der sozialen Arbeit und nach Widerstand gegen die geplanten Kürzungen wurde laut, um ein Gewicht für die soziale Stadt zu erlangen.

Weitere Ergebnisse gab es in Form von 3 konkreten Projektideen, für die sich jeweils verantwortliche Personen zur Initiierung bzw. Mitarbeit fanden:

- Sachmittel-Pool mehrerer Träger
- Kooperation mit Tauschringen
- Bessere Nutzung der Ressourcen von MigrantInnen durch Interessenspool

## **Ausgangsfrage 1:**

**Trotz eingeschränkter Finanzmittel steigt der Bedarf.**

**Welche strukturellen Voraussetzungen und externe Rahmenbedingungen sind notwendig, um den gestellten Anforderungen besser gerecht werden zu können?**

## **Antworten zur ersten Fragestellung**

### **Dokumentation**

- Dokumentationsunwesen
- Zeitabstände der Dokumentation überprüfen
- Systematik einfach und anhaltend
- Transparente Auswertung
- Abbau von Dokumentation, Statistik
- Reduzierung von Berichtspflichten auf das Wesentliche (steuerungsrelevante Tatsachen)

### **Verwaltung**

- Abbau von Verwaltungsanforderungen
- Klärung des Ablaufs: Auftrag an Anbieter / Kostenzusagen / Rechnungsstellung
- Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen (konkret: Brandschutz)
- Fachlichkeit muss bei den Einrichtungen bleiben, Doppelarbeit vermeiden

## **Finanzierung**

- Erprobung alternativer Finanzierungsmodelle
- Planungssicherheit, sichere Arbeitsbedingungen
- Zuschussfinanzierung: sinnvolles Ergebnis nicht nach einem Jahr zu erwarten, unberechenbare Trends
- Mehr Geld und Ressourcen von Firmen
- Sponsoring
- Betriebskindergärten, Fortbildung, Gesundheit der MitarbeiterInnen

## **Ressourcen nutzen**

- Vernetzung, Kooperation
- Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, sondern andere Länder beobachten und nachahmen
- Sachmittel-Pool: (Telefon, KFZ, EDV, Räume) mit zentraler Koordinierungsstelle
- Gut organisierter Pool von Wohnraum in der Kommune, z.B. für Klientinnen der Jugendhilfe (bessere, günstige Auslastung)
- Überschüssige Ressourcen von MVV, Freibädern bis Theater als (Zusatz-) honorierung für Ehrenamt und Profis
- Anerkennen der Kompetenzen von Migranten, auch wenn sie nicht in Deutschland erworben sind
- Nutzen der vielfältigen Ressourcen von Migranten

## **Sonstiges**

- Vermittlungspraxis, Beispiel HPT (Flexibilisierung)
- Es wurde bereits genug reduziert. Aber Migrationsarbeit kostet was. Dolmetschertätigkeit ist kein Ehrenamt

## **Ausgangsfrage 2:**

**Trotz eingeschränkter Finanzmittel steigt der Bedarf.**

**Welche Spielräume sehen wir und welche Ressourcen können wir ausschöpfen, damit wir unsere soziale Arbeit trotzdem zielorientiert und innovativ gestalten können?**

## **Antworten zur zweiten Fragestellung:**

### **Bürgerschaftliches Engagement**

- Zunehmende Professionalisierung der sozialen Arbeit macht diese teuer.
- Mehr Einbeziehung von Ehrenamt, insbesondere für Menschen ab 45 Jahre, die sich engagieren möchten
- Ressource Ehrenamt sinnvoll nutzen und fördern
- Stärkere Kombination von professioneller und ehrenamtlicher Arbeit
- Tauschringe, Zeitbanken für EA

## **Vernetzung**

- Über die Ressourcen der eigenen Einrichtung hinaus schauen
- Kooperationen eingehen
- Überwindung des Konkurrenzdenkens
- Besserer Informationsfluss: Innerhalb der Einrichtung, stadtweit, landesweit
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt

## **Finanzierungsmodelle**

- Neue Finanzinstrumente wie Regionalwährungen, Zeitbanken, Tauschringe
- Neue Formen der Wertschöpfung
- Private Spenden
- Überprüfung, wo für soziale Aufgaben Gebühren erhoben werden können für Besserverdienende

## **Zielorientierung und Transparenz**

- Hilfe zur Selbsthilfe beherzigen
- Stärkere Zielgruppenorientierung (Bedarfe nehmen zu, wer kann sich selber helfen?)
- Offen legen von Budgets

## **Standardüberprüfung**

- Qualität gleich bleibend / Zeitmanagement. Qualität anders: Klare Benennung, keine Verschlechterung. Großer Wurf - neue Richtung

## **Sonstiges**

- Ende der Selbstaussbeutung (real geleistete Arbeit wäre unbezahlbar)
- Alle Kapazitäten sind ausgeschöpft. Bedarf besser aufzeigen
- Keine Schaufensterveranstaltungen
- Evaluation nach harten und weichen Kriterien
- Arbeitskraft nicht auf Jammern verwenden, sondern Energie für neue Ideen nutzen
- Diagnosekriterien für Art der Hilfe
- Benennung von Prozesskosten (Arbeitszeit/eingesparten €)

Die folgenden Aktionsprotokolle stellen konkrete Projektideen dar. Wenn Sie Interesse haben, daran mitzuarbeiten, wenden Sie sich bitte an die angegebene Kontaktpersonen.

## Aktionsprotokoll Sachmittelpool

Arbeitsgruppe: Sozial gestalten – Ressourcen optimieren

---

### WAS (Inhalte, Beschreibung, Ziele)

Sachmittel – Pool mehrerer Träger z. B. für Telefon, EDV, KFZ

Ziel: als „Großkunde“ auftreten zu können und entsprechend günstigere Konditionen zu erreichen

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

### WIE (Arbeitsschritte, Termine, Absprachen)

- Sammeln was es diesbezüglich schon gibt
  - Kontakte zu Herstellern, Firmen, Verleihern etc. herstellen
  - Rückfluß der Infos an SozPolDiskurs
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### WER (Zielgruppen, Ressourcen, MitmacherInnen)

A. Bauer HPKJ e.V. [hpkj.vorstand@t-online.de](mailto:hpkj.vorstand@t-online.de)

Interessierte (+ E-Mail):

**Aktionsprotokoll Tauschring**

Arbeitsgruppe: Sozial gestalten – Ressourcen optimieren

---

**WAS (Inhalte, Beschreibung, Ziele)**

Kooperationen mit Tauschringen zur Unterstützung sozialer Aufgaben

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**WIE (Arbeitsschritte, Termine, Absprachen)**

Hilfe zur Selbsthilfe: Wie können Klienten in Tauschringe integriert werden?

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**WER (Zielgruppen, Ressourcen, MitmacherInnen)**

Dr. Joyce Mayer [joyce.mayer@t-online.de](mailto:joyce.mayer@t-online.de)

Martin Schmidt Bredow [schmidt-bredow@t-online.de](mailto:schmidt-bredow@t-online.de)

---

---

---

---

**Interessierte (+ E-Mail):**

---

---

---

---

## Aktionsprotokoll MigrantInnen

### Arbeitsgruppe: Sozial gestalten – Ressourcen optimieren

---

#### WAS (Inhalte, Beschreibung, Ziele)

Ressourcen von MigrantInnen besser ausschöpfen durch spezialisierte Sozial- Migration- und Integrationsarbeit

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

#### WIE (Arbeitsschritte, Termine, Absprachen)

Pool (Interessen)

Spezialisierung

Ersatzfamilien

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

#### WER (Zielgruppen, Ressourcen, MitmacherInnen)

Nichteuropäer

Frauen

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**Interessierte (+ E-Mail):** [invia.muenchen.kofiza@t-online.de](mailto:invia.muenchen.kofiza@t-online.de)

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---



## AG 3 Lernen von den Besten durch Benchmarking in der sozialen Arbeit

### Statement

Norbert J. Huber

Geschäftsführer der Caritas-Zentren München Stadt/Land

**Norbert Huber präsentierte anhand von verschiedenen praktischen Beispielen die Möglichkeiten von Benchmark. Hierzu gab es anschließend viele Rückfragen und Vorschläge für die soziale Arbeit in München.**

#### 1) Wer definiert die Norm bzw. den Benchmark?

Der Benchmark wird aus dem Vergleich mit anderen Diensten und Leistungen durch die Führung festgelegt. Auch ein Zuschussgeber kann bei der Vergabe von Entgelten ein Benchmark festlegen.

#### 2) Was ist wirklich das Beste?

Der Auftrag der Geber definiert was wirklich erreicht werden soll. Je nach Betrachtungswinkel können die Beteiligten unterschiedliche Ziele haben. Die Nachhaltigkeit ist ein wichtiger Aspekt. Benchmarking kann nur durch längerfristige Betrachtung und Vergleiche erfolgen.

#### 3) Was lässt sich miteinander vergleichen?

Die vergleichbaren Punkte müssen oft in einem sehr mühsamen Prozess herausgefunden werden. So müssen manchmal übergeordnete Kategorien gefunden werden z.B. in der offenen Jugendarbeit das Kriterium „niedrig schwellige Angebote“.

Die Beteiligten sowie die Leitung definieren dann in diesem Zusammenhang die Angebote, die unter diese Kategorie fallen.

Norbert Huber stellt dar, dass es eine sehr große Anzahl von Beschäftigten bei der Landeshauptstadt München sind – nach Aussagen des Personalrats bis zu 15% - die keine Arbeit haben. Hierzu gab es verschiedene Anmerkungen. Herr Jürgen Radtke von Corphis bestätigte, dass dies durchaus eine übliche Größenordnung in großen Betrieben ist. Jedes Unternehmen muss selbst die Einsparmöglichkeiten finden und auch klären, wie viele Mitarbeiter sie aus sozialen Gründen beschäftigen. Freie Träger und kleinere Einrichtungen haben hier weitaus mehr Schwierigkeiten wegen des hohen Leistungsdrucks.

Freie Träger sind nach Ansicht des Referenten in der Lage Dienstleistungen weitaus kostengünstiger anzubieten. Die Frage ist, ob es sich dabei tatsächlich um die gleiche Leistung handelt und wodurch freie Träger kostengünstiger sein können.

Die Landeshauptstadt München und der Stadtrat hat viele Auflagen, z.B. bei den öffentlichen Bauten, die freie Träger nicht erfüllen müssen. Zudem gibt es bei freien Trägern inzwischen in verschiedensten Bereichen auch andere Tarifverträge. Entscheidend bleibt, welche Kernleistungen erwünscht sind. Es wird kritisch angemerkt, dass beim Benchmarking soziale und qualitative Aspekte der betriebswirtschaftlichen und finanziellen Orientierung unterworfen werden. Aus wirtschaftlichen Gründen kann es gegebenenfalls dazu kommen, dass weniger „lukratives“ Klientel keine Leistung erhält.

Es wird darauf hingewiesen, dass es **Wettbewerb und Ausschreibungen** geben muss. Die Frage bleibt, wie wir zu vernünftigen Preisen kommen und es eigentlich egal sein sollte, wer die Leistung erbringt. Der Beste soll es machen.

Weiterhin würden Zahlen alleine nichts über die Qualität und Nachhaltigkeit sowohl über die wirklichen Kosten aussagen. Norbert Huber bestätigt, dass Benchmarking nur Hilfestellungen für die Steuerung geben kann, allerdings kann mit den Vergleichen auch denjenigen, die sehr gute Leistungen erbringen, intensiv nachgefragt werden, wie die zu diesen Leistungen kommen und ob es eine ausreichende Zufriedenheit mit der Qualität gibt. Von den Teilnehmern wird mehrfach darauf hingewiesen, ob die gewählte Richtnorm tatsächlich auch die richtige ist und wie dies beurteilt werden kann.

Norbert Huber erklärt, dass mit dem Benchmark diese Entscheidungen nicht automatisch schon getroffen sind, sondern damit weitere Informationen zur Verfügung gestellt werden. Welche Qualitätsstandards man will, bleibt die Entscheidung des Zuschussgebers, Förderers oder auch der Leitung einer Einrichtung überlassen. Zudem ist zur Qualitätsprüfung eine Kundenbefragung sinnvoll und möglich.

Einige Teilnehmer wenden ein, dass **kleinere Träger** erhebliche Probleme haben, ein Benchmark zu führen, dass sie nicht ausreichend vergleichbare Dienste haben. Daraus wird der Vorschlag entwickelt, dass sich verschiedene kleine Träger zu einem Benchmark zusammen schließen könnten. Zudem kann die Stadt das Berichtswesen dahin gehend verändern, dass Daten ausgewertet werden und Einrichtungen in der Lage sind, mit diesen Vergleiche anzustellen. Wichtig ist tatsächlich, dass es einen Rücklauf aus den vielen Berichten gibt. Diese setzen die Leistungsbringer erst in die Lage, die eigene Leistung zu vergleichen und bei anderen Leistungserbringern nachzufragen, wie diese ihre Leistung verbessern. Von einzelnen Teilnehmern wird darauf hingewiesen, dass soziale Leistungen nicht miteinander verglichen werden können. Ein Vergleich kann nur bei Kosten und Finanzen stattfinden. Zudem bringen Vergleiche erhebliche Ängste bei Mitarbeitern hervor, die nicht verglichen werden wollen. Es gibt dabei die Gefahr, dass Mitarbeiter sich den Beurteilungen entziehen. Wie kann dieses verhindert werden. Wie kann Benchmark als „Chance“ und nicht als „Bedrohung“ eingeführt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Benchmarking Leistungen verbessern soll, dass es einen **Lernprozess in Gang** setzen kann, tatsächlich von den Besten zu lernen. Lernen ist nur durch Nachfragen möglich. Die Besten müssen darstellen wie es ihnen gelungen ist, ihre Leistung zu bekommen und zu erhalten. Um Ängste abzubauen, soll frühzeitig über das Ziel von Benchmark mit den Mitarbeitern gesprochen werden, das Verfahren transparent dargestellt, eine offene Diskussionskultur entwickelt werden. Vergleichbarkeit ist nur möglich bei der Bereitschaft zur Transparenz und Offenheit. Es sollte eine Gewinnsituation hergestellt werden.

In der Diskussion wird nochmals dem Wunsch Nachdruck verliehen, dass die seitens der Stadt erhobenen **Daten ausgewertet** werden. Die Träger haben keine Richtwerte um Verbesserungen und Optimierungen herbeizuführen. Ebenso müssten quantitative Zahlen mit qualitativen Aussagen verknüpft werden. Deswegen sollten die bisherigen ausführlichen Berichte reduziert werden und wenige vergleichbare Daten vereinbart werden. Es geht um wirkungsorientierte Steuerung.

Benchmark ermöglicht auch, Argumente zu finden gegen die Kürzung. Benchmarking kann zur Qualitätssicherung beitragen. Benchmarking sollte ein freiwilliger Prozess zwischen der Stadt und den freien Trägern sein. Entscheidend für das Benchmarking wäre eine positive Überschrift. „Ihr könnt die bisherigen Mittel erhalten, wenn Plätze oder mehr Leistung zur Verfügung gestellt wird.“

Benchmarking zwischen den Organisationen muss strukturiert werden. Können dies Organisationen selbst leisten? Jürgen Radtke verweist auf zahlreiche Erfahrungen im Bereich der Wirtschaft. Die soziale Arbeit kann gerade im Benchmarking davon profitieren. Er ist auch bereit, Hilfe und sein Wissen zur Verfügung zu stellen.

## AG 4 Rettet die Prävention!?

### Statement

Hubertus Schröer  
Leiter des Stadtjugendamts  
Landeshauptstadt München

#### Ausgangsthese

gegenwärtiger politischer Strategievorstellungen:

Wir können uns nur noch eine soziale Grundversorgung in München leisten, das heißt nur noch die gesetzlichen Pflichtaufgaben. Freiwillige Leistungen müssen zurückgebaut werden. Prävention ist ja schön und gut, aber nur etwas für finanziell gesunde Zeiten.

#### Gegenthese

Dem liegen vier Fehldeutungen grundsätzlicher Art zugrunde und der tragische Kurzschluss, nicht mal das zu erreichen, was diese Pseudostrategie behauptet: Ein massiver Abbau präventiver Angebote ist – unabhängig von sozialpolitischen Bedenken – auch fiskalisch mittel- und langfristig völlig unproduktiv.

#### Normativer Hintergrund präventiver Orientierung

Der Begriff Prävention stammt ursprünglich aus dem kriminologischen Sprachgebrauch. Das „Kriminologische Modell“ (Spezialprävention und Generalprävention) geht davon aus, dass durch Androhung von Strafe und Disziplinierung ein angemessenes gesellschaftliches Verhalten des Einzelnen erreicht wird.

Ein „sozialwissenschaftliches Modell“ vertritt die Auffassung, dass durch die Herstellung positiver sozialer Rahmenbedingungen abweichendes Verhalten verhindert werden kann. Es geht also um die Vermeidung von Normabweichung statt um die Bearbeitung von Normabweichung.

Normativer Hintergrund einer lebensweltorientierten Jugendhilfe, die sich vor allem auch präventiv orientiert versteht, ist die Überzeugung, dass Schwierigkeiten sich in gegebenen Verhältnissen ausbilden: in individuellen Belastungen, in problematischen sozialen Strukturen, in unzureichenden Unterstützungen. Misslingende Biographien würden häufig sich anders entwickeln, wenn die Situationen weniger belastend wären und wenn Hilfen rechtzeitig erreichbar gewesen wären.

Prävention hat insoweit (auch in Abgrenzung zur Intervention) einen zeitlichen Aspekt, nämlich die frühzeitige Zur-Verfügung-Stellung von Hilfen. Neben der zeitlichen Differenzierung lassen sich auch zwei Bezusebenen präventiver Strategien unterscheiden: Eine strukturbezogene und eine personenbezogene Präventionsstrategie. Personenbezogen bedeutet Prävention einer Verhaltenszentrierung und zielt durch pädagogisch-therapeutische Angebote auf eine Verhinderung von Verhaltensauffälligkeiten. Strukturbezogen geht Prävention von einer Verursachungszentrierung aus und zielt auf die Veränderung restriktiver sozialer Lebenslagen. Damit sind in der aktuellen Diskussion Stichworte verbunden wie Gemeinwesenarbeit, Vernetzung, Dezentralisierung und Regionalisierung sowie Sozialraumorientierung.

Vor dem Hintergrund von Individualisierung und Pluralisierung und damit einer Ausdifferenzierung unterschiedlichster Lebensentwürfe hat Soziale Arbeit ihre kontrollierende Normalisierungsfunktion verloren. Prävention kann deshalb nicht mehr im Wesentlichen unter dem Aspekt der Verhütung von Schwierigkeiten verstanden werden. Prävention heute bedeutet vor allem, strukturelle und kontextuelle Möglichkeiten und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass selbstbestimmte Lebensentwürfe tatsächlich realisiert werden können. Nach diesem Verständnis von Prävention scheinen mir vier Aspekte bedeutsam zu sein, die in der aktuellen politisch fiskalischen Diskussion grundsätzlich missverstanden werden.

## **1. Rechtliche Aspekte**

Die Differenzierung zwischen gesetzlichen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen ist dem gesamten Sozialrecht fremd. Alles, was die verschiedenen Sozialgesetzbücher normiert haben, sind gesetzliche Pflichtaufgaben der jeweiligen sozialen Leistungsgewährer. Es ist unstrittig, dass es sich beispielsweise beim KJHG um ein Leistungsgesetz - wenn auch mit unterschiedlichen Rechtsanspruchsqualitäten – handelt. Daher ist die früher unter Geltung des JWG übliche Gliederung in „freiwillige Leistungen“ und „Pflichtleistungen“ unzulässig.

Im zweiten Kapitel des KJHG werden die Leistungen der Jugendhilfe beschrieben. Diese Aufgabenzuweisung an den öffentlichen Jugendhilfeträger ist objektives Recht. Das bedeutet, dass die öffentlichen Jugendhilfeträger auf diesen Gebieten tätig zu sein haben. Die Nichttätigkeit bzw. die minimalisierte Aufgabenwahrnehmung, die weitgehendes Leerlaufen bedeuten würde, ist ein Rechtsverstoß gegen dieses objektive Recht. Solche Rechtsverstöße müssten eigentlich das Tätigwerden der Rechtsaufsichtsbehörden auslösen. Aus diesen objektiven Rechtsverpflichtungen des öffentlichen Jugendhilfeträgers erfolgt jedoch nicht automatisch, dass es sich dabei zugleich um subjektive Rechtsansprüche des einzelnen Bürgers handelt. Es gibt drei qualitativ unterschiedliche Rechtskategorien für die Inanspruchnahme von Leistungen, nämlich Muss-, Soll- und Kannleistungen. Damit handelt es sich um Leistungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht, und um Leistungen, die im Regelfall zu erbringen sind bzw. Leistungen, die im Ermessen der Behörde liegen. Aber auch letztere können mit erheblicher Aussicht auf Erfolg rechtlich geltend gemacht werden.

## **2. Fachliche Aspekte**

Um wieder beim Kinder- und Jugendhilferecht zu bleiben: Das KJHG ist ein differenziertes, aufeinander abgestimmtes und aufeinander bezogenes System von Leistungen und Aufgaben. Im Vergleich zum vorangegangenen JWG sind repressive Maßnahmen weitgehend abgebaut, im Vordergrund stehen präventive, sozialpädagogische Angebote. Damit ist das KJHG im Kern ein sozialpädagogisches Gesetz.

Die umfassende Benennung allgemeiner Förderungsangebote und präventiver Leistungen bedeutet aber auch, dass aus dem Gesamtsystem nicht einfach einzelne Bausteine herausgebrochen werden können, ohne dass damit das gesamte System der Jugendhilfeaktivitäten Schaden nimmt. Wenn an den eher „weichen“ Leistungen gespart wird, muss das Auswirkungen auf die „harten“ Rechtsansprüche haben. (Beispiele)

### **3. Fiskalische Aspekte**

Die Missachtung dieser systemischen Zusammenhänge, die sich aus der konsistenten Logik des KJHG ergeben, entlarvt die Sparprogramme als eine kurzfristige und kurzsichtige Strategie. So werden keine wirklichen, das heißt nachhaltigen Spareffekte erreicht werden können. In diversen wissenschaftlichen Untersuchungen zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung (Bürger) ist wiederholt belegt worden, dass punktuelle Interventionen ohne Erfolg geblieben sind. So hat beispielsweise der Ausbau der ambulanten Erziehungshilfen allein keine durchschlagende Wirkung auf die Entwicklung stationärer Erziehungshilfen gehabt. Vielmehr hat sich gezeigt, dass allenfalls eine Gesamtstrategie, die auch präventive Vorfeldhilfen wie offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit umfassen, Erfolg haben könnte. So ist auch zu befürchten, dass die aus der Personalnot geborene neue Strategie der Bezirkssozialarbeit in München, Prävention nur noch als sekundäre Prävention zu verstehen, nämlich als ein vorbeugendes Handeln vor „bereits sichtbaren“ Gefährdungssituationen, dazu führen wird, dass in belastenden Lebenssituationen nicht mehr primär präventive Unterstützung erfolgt und somit Familie verstärkt in die viel kostenintensiveren Erziehungshilfen kommen werden. (Zahlen für Abbau von Vorfeldhilfen bei offener Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendkulturarbeit und Jugendsozialarbeit.)

### **4. Sozialpolitische Aspekte**

Das Menschenbild (auch) der Sozialen Arbeit wird geprägt von Wertentscheidungen des Grundgesetzes, das – von der Würde des Menschen ausgehend – Grundwerte wie das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit oder die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung sowie die Sozial- und Rechtsstaatlichkeit postuliert. Dadurch ist Sozialer Arbeit aufgegeben, jenseits entmündigender Fürsorge und trotz gesetzlicher Ansprüche Sorge dafür zu tragen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Damit rücken ethische Maximen wie Verantwortung und Vertrauen sowie Befähigung und Beteiligung oder Selbstorganisation und Selbstsorge in den Fokus Sozialer Arbeit.

Präventive Hilfen und Angebote als Voraussetzungen dafür, sein Leben selbstbestimmt führen zu können, ist nach diesem Verständnis ein wesentliches Moment zur Realisierung von sozialer Gerechtigkeit. Diesen Auftrag und dieses Selbstverständnis kann Soziale Arbeit sich weder durch Politik noch durch Haushaltsrestriktionen grundsätzlich absprechen lassen.

## Ergebnisse der Diskussion

---

### **Erfahrungen und Erkenntnisse zur präventiven Arbeit**

Es gibt sehr viele gute Erfahrungen mit präventiver Arbeit in allen Bereichen. Es gibt ein enormes Bedürfnis, diese Erfahrungen auch zu kommunizieren. Es besteht der Eindruck, dass die Wirkungen von präventiver Arbeit nicht genügend bekannt sind. Prävention hat keine große Lobby.

### **Befürchtungen und Erwartungen in bezug auf präventive Arbeit**

Unter dem bestehenden Kostendruck werden präventive Ansätze eher reduziert mit dem scheinbar richtigen Argument, man müsse die akute Behandlung finanzieren. Doch wenn das „Kind in den Brunnen gefallen“ ist, ist die Behandlung schwieriger und kostentreibender. Diesen Zusammenhang zu vermitteln ist offenbar sehr schwierig.

### **Ziele**

Bisher für präventive Projekte vorhandene Ressourcen sind zu sichern.  
Die Wirkungen von präventivem Handeln sind offensiv bekannt zu machen.

## Ideen für Taten

---

### **1. Öffentlichkeitsarbeit für Prävention**

Eine überregionale, evtl. sogar internationale Fachtagung zu diesem Thema ausrichten. Themen nicht nur sozial, sondern auch kulturelle Projekte

Studien initiieren zur Wirkung von Prävention, auch Langzeitstudien, Vergleichsstudien; Forschungsschwerpunkt 2006 im Sozialreferat verwirklichen

Öffentlichkeitskampagne zur Präventionswirkung sozialer und kultureller Arbeit

Schlüsselpersonen (z.B. StadträtInnen) gewinnen, die aus eigener Präventionserfahrung berichten können

- Dokumentation von Präventionsprojekten veröffentlichen

### **2. Projekte**

Prävention durch Kultur: Kinder ans Buch (Vorbild England: Familien mit Buchpaketen für Kinder ausstatten – Verlage könnten hier ihr Engagement zeigen); künstlerische Arbeit mit Kindern (Musikprojekt wie z.B. in Venezuela)

### **3. Netzwerk Prävention**

Zusammenschluss von in der präventiven Arbeit tätigen Personen in München zu einem Informations- oder Aktionsnetzwerk oder –bündnis. Kontaktadresse: [werner.weins@muenchen.de](mailto:werner.weins@muenchen.de)

## AG 5: BürgerInnenhaushalt – eine Chance für München?

### Statement

Thomas Ködelpeter  
Ökologische Akademie Linden e.V.

Die Komplexität des kommunalen Haushalts einer Großstadt lässt sich anschaulich darstellen – es handelt sich um ein ca. 20 cm dickes, für Laien schwer verständliches und kaum durchdringbares Werk. Sowohl bei seiner Erstellung wie der Umsetzung sind BürgerInnen nicht direkt involviert, erst dann, wenn sie von den Kürzungen erfahren und protestieren.

In Porto Alegre dagegen, der „Urmutter“ eines BürgerInnenhaushalts, sind an der Planung und Berichterstattung bis zu 25.000 Menschen beteiligt. Porto Alegre ist mit 1,4 Millionen EinwohnerInnen Hauptstadt des südlichsten brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul, in dem es heute in knapp 500 Gemeinden einen „orcamento participativo“ (Bürgerhaushalt) gibt und an dem sich 400.000 Bürger und Bürgerinnen beteiligen. Die Beteiligung initiiert und verankert hat in Porto Alegre die Arbeiterpartei (PT) als Antwort auf die leeren öffentlichen Kassen, oligarchischen Machtinteressen und Korruption.

Die BürgerInnen entscheiden dabei über 10% des Haushalts, die Politik hält sich in der Regel an die von der Bürgerschaft erklärten Vorgaben. Hier spielt natürlich die von den Mandatsträgern erhoffte Wiederwahl eine Rolle.

Aber auch am Beispiel des kleinen Dorfes Barao in Rio Grande do Sul ist die direkte Beteiligung der BürgerInnen erkennbar: Konkret standen 2004/2005 die Wünsche nach einer Straßensanierung und der Verlängerung der ärztlichen Bereitschaftszeiten ganz oben auf der Prioritätenliste und inzwischen sind sie realisiert.

In Frankreich ist das bekannteste Beispiel die Stadt St. Denis (90.000 EinwohnerInnen). In Nordrhein-Westfalen beteiligten sich sechs Städte (Hamm 181.000 E., Castrop-Rauxel 79.000 E., Hilden 56.000 E., Monheim 43.000 E., Emsdetten 35.000 E. und Vlotho 21.000 E.) am Modellprojekt Bürgerhaushalt und werden die Beteiligung weiterführen. In Erlangen gibt es den Bürgerhaushalt als online-Projekt, was den Kreis der Beteiligten eher einengen könnte. Zur Zeit steht in Berlin-Mitte (230.000 EinwohnerInnen) die Vorbereitung eines Teilnahmeverfahrens auf bezirklicher Ebene an.

In Deutschland basiert die Beteiligung mehr auf Fragestellungen der Verwaltung zu einzelnen Vorhaben, während in St. Denis und Porto Alegre stärker die abgestimmten Bedürfnisse und Interessen der BürgerInnen in einem über das ganze Jahr laufenden Verfahren Berücksichtigung finden.

Die TeilnehmerInnen können beispielhaft Broschüren zum Haushalt der Stadt Rheinstetten (Baden-Württemberg, über 20.000 EinwohnerInnen) einsehen, welche nicht nur der Information der BürgerInnen dienen, sondern ihnen Gelegenheit zur Abstimmung geben – von der Ausrüstung der Feuerwehr bis zu Baumaßnahmen in der Offenen Jugendarbeit.

Für die jeweilige Haushaltsplanung lautet die sogenannte „BürgerInnenhaushalts-Uhr“: Rechenschaft im Januar, Budgetplanungen im April, Information im Juni und Konsultation im September.

Viele der beteiligten NRW-Kommunen standen aufgrund ihres nicht ausgeglichenen Haushaltes „mit dem Rücken zur Wand“. Eine BürgerInnenbeteiligung am Haushalt ist für die Politik und noch mehr für die Bürger(innen) etwas Neues und muss mit geeigneten Informationen und aktivierenden Verfahren in einem systematischen Ablauf erst auf den Weg gebracht werden. Es geht dabei nicht um die Durchsetzung von Partialinteressen, sondern um die Mitwirkung selbstbewusster BürgerInnen an der Entwicklung „ihrer“ Gemeinde.

**"Ein BürgerInnenhaushalt, das ist das Mitreden über die Struktur unseres künftigen Lebens in der lokalen Gemeinschaft."**

Der Referent Thomas Ködelpeter schloss seinen Vortrag mit diesem Fazit ab, welches hier als Überschrift gewählt werden soll. Aus einem guten Grund, denn im Workshop wurde auch die Frage der Machbarkeit eines BürgerInnenhaushalts vor Ort in den Mittelpunkt gestellt. Wie, wer und schließlich wozu?

**Thomas Ködelpeter, selbst früherer Stadtrat und heute an der Ökologischen Akademie in Linden tätig, verdeutlichte die Grundstrukturen des BürgerInnenhaushalts. Dabei konnten auch eigene, in Brasilien gewonnene Erfahrungen berichtet werden. So aus Porto Alegre - vielen bekannt als jene Stadt, welche mit ihrem "Orçamento Participativo" als erste weltweit eine Beteiligung vieler Bürger und Bürgerinnen an der Haushaltsgestaltung schuf.**

Doch auch in Deutschland vor allem in NRW, kann bereits von einer etablierten Kultur des BürgerInnenhaushalts gesprochen werden. Zwar findet sich als jüngstes Beispiel nur eine Großstadt darunter (Berlin mit dem Bezirk Mitte), doch sind die in den kleineren Städten praktizierten Verfahren ebenso für größere Kommunen und jeden Haushaltsbereich übertragbar.

Die drei Grundschrirte eines gelingenden Beteiligungsverfahrens heißen: Information, Konsultation, Rechenschaft. Ob durch Broschüren, Seminare oder über das Internet, die Information muss breit und wirksam angelegt sein. Gleiches kann für die Konsultation gelten, also die eigentliche Partizipation der BürgerInnen. Bürgerforum, Fragebögen oder Abstimmungsverfahren sind Methoden, um Investitionen oder Sparmaßnahmen zu priorisieren. Eine "passende" und auf die Beteiligten ausgerichtete Form des Einbezugs und der Aussprache vermeidet dabei die Durchsetzung von Partialinteressen bzw. Nichtbeachtung der Interessen von Randgruppen.

Seitens der TeilnehmerInnen des Workshops wurde auch ein gewisser utopischer Charakter solcher Partizipation angemerkt, es brauche einen „Anstoß von unten“ ebenso wie Protagonisten in der Aktivierungsarbeit. Die BürgerInnen sollten mehr sein als die „Flöhe im Pelz“. Ein echter Dialog stehe und falle mit der Bereitschaft der Politik, Mitsprache tatsächlich einzuräumen und Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung zu geben.

Der Referent stimmte zu, dass eine Realisierung des BürgerInnenhaushalts nicht ohne die in den Kommunalparlamenten vertretenen Fraktionen gehen wird.

Nach Ansicht von Ködelpeter ist etwa jede/r dritte Bürger/in bereits in irgendeiner Form gesellschaftlich oder politisch aktiv. Um solches Engagement in Beteiligungshaushalten zu nutzen, fehlt es noch an geeigneten Strukturen. Und: Zu spät ist es nie, selbst wenn der aktuelle Haushalt schon steht, ist eine Mitwirkung beim nächsten Mal möglich. Fünfjahres-Haushalte sind allerdings ein tödliches Gift für jeglichen BürgerInnenhaushalt.



Einigkeit herrschte im Workshop darüber, dass eine Beteiligung der BürgerInnen an der Haushaltsgestaltung weder eine Schein- noch eine Alibidebatte sein darf, ebenso keine „kreative Mangelverwaltung“ mit dem weitergeleiteten Auftrag, die notwendigen Einsparmillionen festzusetzen. Wenn Beteiligung ernst gemeint und entsprechend gestaltet ist, liegt darin für die öffentliche Verwaltung eine große Chance, selbst zu lernen. Beispiel hierfür etwa die Frage, ob ein Einsparvolumen anteilig erbracht werden muss oder ob nicht andere Gewichtungen gesetzt werden können.

Im Vortrag war schließlich noch zu hören, dass in wohlhabenden Gemeinden der Wunsch der Bevölkerung und das Interesse der Politik an der aktiven Mitgestaltung durch die BürgerInnen noch in Kinderschuhen steckt. Bürgerentscheide, wie die in München gegen die Abschaffung von zwei Stadtteilbibliotheken, zeigen, dass auch in der noch reichen Metropole die Bevölkerung an der Gestaltung ihrer Gemeinde beteiligt sein möchte.

So bleibt zu hoffen, dass dem in der Diskussion gemutmaßten südamerikanischen Temperament das Münchner Lebensgefühl nicht nachsteht und bald den Anstoß für einen ersten BürgerInnenhaushalt gibt.

## **Danke an alle Mitwirkenden!**

Zum Schluss nochmals ein großes Dankeschön an die ModeratorInnen, die ReferentInnen, die ProtokollantInnen und das Vorbereitungsteam!

### **Die ReferentInnen waren:**

Friedrich Graffe, Sozialreferent der LHM  
Brigitte Meier, Stadträtin  
Siegfried Benker, Stadtrat  
Norbert J. Huber, Geschäftsführer der Caritas-Zentren München Stadt/Land  
Dr. Hubertus Schröer, Leiter des Stadtjugendamts München  
Thomas Ködelpeter, Ökologische Akademie e.V., Dietramszell

### **Die ModeratorInnen waren:**

Andreas Görres, Paritätischer Bezirksverband Oberbayern  
Ruth Back, Sozialdienst Katholischer Frauen  
Franz Lindinger, Verein Stadtteilarbeit e.V.  
Jürgen Radtke, Corphis Management Consulting  
Dr. Werner Weins, Leiter der Zentrale, Sozialreferat München  
Dr. Alexandra Bischof, Sozialreferat  
Franz Hoffmann, Katholische Jugendfürsorge

### **Gesamtmoderation:**

Manuela Dornis

### **Die ProtokollantInnen waren:**

Arbeitsgruppe 1: Haushaltsplanung 2007 und folgende – transparent und partizipativ?  
Protokoll: Andreas Görres

Arbeitsgruppe 2: Sozial gestalten – Ressourcen optimieren  
Protokoll: Ruth Back

Arbeitsgruppe 3: Lernen von den Besten durch Benchmarking in der sozialen Arbeit  
Protokoll: Norbert Huber

Arbeitsgruppe 4: Rettet die Prävention  
Protokoll: Dr. Werner Weins

Arbeitsgruppe 5: BürgerInnenhaushalt – eine Chance für München?  
Protokoll: Franz Hoffmann

### **Die Dokumentation haben erstellt:**

Manuela Dornis  
Monika Derdelakos

Die vorliegende Dokumentation fasst die wichtigsten verfügbaren Beiträge und Ergebnisse zusammen und ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Dank gilt all denjenigen, die trotz vielfältiger Verpflichtungen zur Verschriftlichung des Workshops beigetragen haben.

# Programm

## WORKSHOP : Gestalten statt kürzen

**Donnerstag, 29. September 2005, 17.00 bis 20.00 Uhr,  
im Salesianum Don Boscos**

St. Wolfgangplatz 11 (S-Bahn Rosenheimer Platz),  
Eingang Sieboldstr. 11, ( Veranstaltungssaal )

„Gestalten statt kürzen“ – welche Möglichkeiten gibt es, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln die sozialen Angebote in München zu verbessern und Lücken in der sozialen Sicherung zu schließen? Wie kann man die vorhandenen Ressourcen besser nutzen?

Wir laden Sie ein, diese Frage gemeinsam mit VertreterInnen aus Politik und Verwaltung aus unterschiedlichen Perspektiven in fünf Arbeitsgruppen zu bearbeiten.

**17.00 Uhr      Begrüßung**

Ernst Wolfswinkler, Feierwerk e.V., für den Sozialpolitischen Diskurs München  
Friedrich Graffe, Sozialreferent, für das Sozialreferat der Stadt München

**17.15 Uhr      Vorstellung der Arbeitsgruppen**

durch die jeweiligen Moderatorinnen und Moderatoren

**17:30 Uhr      AG 1 Haushaltsplanung 2007 und folgende – transparent und partizipativ?**

Wie kann die Transparenz im administrativen Verfahren und die Beteiligung am politischen Prozess der Haushaltsplanung für die Jahre 2007 und folgende optimiert werden?

Input:        Stadträtin Brigitte Meier und Stadtrat Siegfried Benker (angefragt)  
Moderation: Andreas Görres, Paritätischer, Bezirksverband Oberbayern

**AG 2 Sozial gestalten - Ressourcen optimieren!**

Wir brauchen gute Vorschläge, um kommunale Ausgaben zu reduzieren und gleichzeitig den wachsenden sozialen Bedarfen gerecht werden zu können. Es sind alle aufgerufen, dafür Ideen zu entwickeln.

Moderation: Ruth Back, Sozialdienst Katholischer Frauen  
                 Franz Lindinger, Verein Stadtteilarbeit e.V.  
Methode:    open space

**AG 3 Lernen von den Besten durch Benchmarking in der sozialen Arbeit**

Ausgangspunkt sind konkrete Praxisbeispiele aus Personal- und Finanzverwaltung, PC-Kosten, Techn. Dienst, sowie aus der ambulanten Pflege und der offenen Jugendarbeit.

Input: Norbert J. Huber, Geschäftsführer der Caritas Region München  
Moderation: Jürgen Radtke, Corphis Management Consulting  
Methode: Referat und ergebnisorientierte Diskussion

#### **AG 4 Rettet die Prävention!?**

Input: Dr. Hubertus Schröer, Leiter Stadtjugendamt München  
Moderation: Dr. Werner Weins, Leiter der Zentrale, Sozialreferat München  
Methode: Referat und ergebnisorientierte Diskussion

#### **AG 5 Bürger/Innenhaushalt – eine Chance für München?**

Referent: Thomas Ködelpeter, ökologische Akademie e.V., Dietramszell  
Moderation: Franz Hoffmann, Katholische Jugendfürsorge  
Methode: Referat und ergebnisorientierte Diskussion

#### **19.15 Uhr Präsentation der Ergebnisse im Plenum**

Informations- und Nachrichtenwände geben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beim Posterhopping einen Überblick über die Ergebnisse und die geplanten Aktionen der Arbeitsgruppen. Beobachterinnen und Beobachter kommentieren kurz das jeweilige Geschehen in den Gruppen.

#### **19.45 Uhr Ausblick**

Zusammenfassung und Planung des weiteren Vorgehens

**Gesamtmoderation:** Manuela Dornis

**Ende der Veranstaltung** ca. 20.30 Uhr